

## Niederschrift

über die X/016. Sitzung  
des Jugendhilfeausschusses der Stadt Schwerte am

Donnerstag, dem 04.05.2023, um 17:00 Uhr  
im Ratssaal, Rathausstr. 31, 58239 Schwerte.

### Anwesend:

#### Vorsitzende

Frau Marlies Mette

SPD-Fraktion

#### SPD-Fraktion

Frau Mechthild Kayser

Herr Karl Materla

#### CDU-Fraktion

Herr Peter Bednarz

ab 17:05 Uhr bei TOP 2

Herr Stefan Simon

Frau Aynur Yavuz

ab 17:05 Uhr bei TOP 2

#### Fraktion Die Grünen

Herr Bruno Heinz-Fischer

In Vertretung für Frau Anja Rotthowe,  
anwesend bis 18:21 Uhr

Herr Maximilian Ziel

#### Fraktionslos

Herr Sebastian Rühling

#### Träger der freien Jugendhilfe

Herr Peter Blaschke

VSI Schwerte e.V.

Herr Frank Hülscher

In Vertretung für Frau Anette Engelhardt,

DPSG

Herr Michael Kebekus

Caritas

Frau Petra Müller-Kramer

Kinderland Villigst e.V.,

anwesend ab 17:13 Uhr zu TOP 3

Frau Andrea Schmeißer

Diakonie

Frau Stefanie Witthaus

DRK

#### beratende Mitglieder

Herr Achim Dreessen

Ev. Kirche

Herr Suat Gülden

Integrationsrat

Frau Ulrike Roguschak

Lokales Bündnis für Familie Schwerte

Frau Jennifer Ruggiero

Gemeinschaft Schwerter Tageseinrichtungen

Herr Stefan vom Schemm

JAEB

Herr Moritz Wohlers

KiJuPa

Frau Sonja Wundrock

Kreispolizeibehörde,  
anwesend ab 17:07 Uhr bei TOP 2

**Erster Beigeordneter**

Herr Tim Frommeyer

**seitens der Verwaltung die Damen und Herren**

Herr Andreas Pap  
Frau Kirsten Jung

Jugendamtsleiter  
Stv. Jugendamtsleiterin

**Schriftführerin**

Frau Julia Schamber

Mitarbeiterin im Amt für Bürgerdienste und  
Ratsangelegenheiten

**Entschuldigt**

Frau Maike Nigge

Vertretung der Arbeitsverwaltung

**Abwesend**

Herr Pfarrer Guido Bartels  
Herr Timo Hagemeyer  
Herr Heiko Klanke  
Herr Hendrik Pausmer  
Herr Rüdiger Strauß

Kath. Kirche  
Landgericht Hagen  
Vertreter der Schulen  
Ev. Kirche  
AG § 78 SGB VIII

Die Sitzung wurde

- a) eröffnet um 17:00 Uhr
- b) geschlossen um 18:52 Uhr

**Tagesordnung**

1. Feststellung der form- und fristgerechten Einladung sowie Beschlussfähigkeit des Ausschusses
2. Genehmigung der Tagesordnung
3. Verpflichtung von Ausschussmitgliedern
4. Einwohner\*innenfragestunde
5. Feststellung von Befangenheit
6. Bericht aus dem Kinder- und Jugendparlament
7. Nachwahlen zum "Unterausschuss Kommunale Jugendhilfeplanung" des Jugendhilfeausschusses

**X/0773**

8. Wahl der Jugendschöffinnen und Jugendschöffen für die Amtsperiode vom 01.01.2024 bis 31.12.2028  
- Verabschiedung der Vorschlagsliste **X/0752**
9. Neufassung der Elternbeitragssatzung zum 01.08.2023 **X/0754**
- 9.1. Änderungsantrag zur Drucksache X/0754 „Neufassung der Elternbeitragssatzung zum 01.08.2023“  
- Antrag der Fraktion Die Grünen vom 02.05.2023 (Eingang am 02.05.2023) - **X/0754/1**
10. Räumlichkeiten des Vereins Kunterbunt in der FKS- mündlicher Bericht und Aussprache
11. Nutzungskonzept für das Hoesch-Verwaltungsgebäude - Antrag der Fraktion Die Grünen vom 23.03.2023 (Eingang: 28.03.2023) **X/0756**
12. Bericht gemäß § 5 Zuständigkeitsordnung mit Beschlussausführungskontrolle
13. Informationen und Anfragen

## **1. Feststellung der form- und fristgerechten Einladung sowie Beschlussfähigkeit des Ausschusses**

---

Die Ausschussvorsitzende Frau Mette begrüßt die anwesenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses sowie die Vertreter\*innen der Verwaltung.  
Anschließend stellt sie die form- und fristgerechte Einladung sowie Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

## **2. Genehmigung der Tagesordnung**

---

Im Einvernehmen des Ausschusses wird der Tagesordnungspunkt „Verpflichtung von Ausschussmitgliedern“ als neuer TOP 3 sowie der Nachtrag „Nachwahlen zum "Unterausschuss Kommunale Jugendhilfeplanung" des Jugendhilfeausschusses“ als neuer TOP 7 in die Tagesordnung aufgenommen.

Die Ausschussvorsitzende Frau Mette kritisiert, dass der Änderungsantrag zur Drucksache X/0754 „Neufassung der Elternbeitragssatzung zum 01.08.2023“ der Fraktion Die Grünen erst so kurzfristig eingegangen sei, dass aufgrund dessen hierüber nicht fundiert beraten werden könne. Sie schlägt deshalb vor, den gesamten Tagesordnungspunkt „Neufassung der Elternbeitragssatzung zum 01.08.2023“ sowie den oben genannten Änderungsantrag der Fraktion Die Grünen von der Tagesordnung abzusetzen. Sie bittet Herrn Pap hierzu Stellung zu nehmen.

Herr Pap, Jugendamtsleiter, erklärt, dass hinsichtlich des Ergänzungsantrages der Fraktion Die Grünen eine fachliche Prüfung nur schwerlich möglich sei, die beantragten zusätzlichen Beitragsstufen entsprächen nicht der bisherigen Systematik. Es bestehe mit einer solchen Veränderung die Gefahr des Vorwurfes einer willkürlichen Festlegung zusätzlicher Beitragsstufen. Eine angenommene Kalkulation der im Antrag geforderten Beitragsstufen, ins Verhältnis zur Berechnungsparabel gesetzt, führe dazu, dass in der geforderten höchsten Stufe ein Beitrag in Höhe von 1138,00 € angesetzt werden müsse, was einen gravierenden Anstieg bedeute. In der aktuell höchsten Beitragsstufe befänden sich 63 Beitragszahlende, eine Anpassung in diesem Sinne müsse also auch auf Verhältnismäßigkeit hin geprüft werden.

Herr Frommeyer, Erster Beigeordneter, erklärt, dass für die Ratssitzung, sollte der Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung abgesetzt werden, Weiteres vertieft geprüft und dargestellt werde.

Die Fraktion Die Grünen zeigt sich mit der Absetzung und Beratung im Rat einverstanden, bittet jedoch um die vertiefte Prüfung höherer Beitragsstufen.

Die SPD-Fraktion und die CDU-Fraktion bedauern, dass aufgrund der Kurzfristigkeit des eingegangenen Änderungsantrages der Jugendhilfeausschuss in seiner Fachlichkeit hierzu nicht (vor-)berate. Zukünftig sollten solche Situationen vermieden werden.

### **Beschluss:**

Der Tagesordnungspunkt „Neufassung der Elternbeitragssatzung zum 01.08.2023“ und der hierzu gestellte Änderungsantrag der Fraktion Die Grünen (Änderungsantrag zur Drucksache X/0754 „Neufassung der Elternbeitragssatzung zum 01.08.2023“) wird von der Tagesordnung abgesetzt.

### **Einstimmig beschlossen**

**Ja-Stimme/n: 14 Nein-Stimme/n: 0 Enthaltung/en: 0**

Die so geänderte Tagesordnung wird genehmigt, die Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

### **3. Verpflichtung von Ausschussmitgliedern**

---

Die Ausschussvorsitzende Frau Mette verpflichtet Herrn Hülscher, DPSG, als stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied und bittet die Anwesenden sich zu erheben.

„Ich verpflichte Sie, Ihre Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze sowie die Pflicht zur Verschwiegenheit zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt zu erfüllen.“

#### **4. Einwohner\*innenfragestunde**

---

Es liegen keine Einwohner\*innen-Fragen vor.

#### **5. Feststellung von Befangenheit**

---

Kein anwesendes Jugendhilfeausschussmitglied erklärt sich für befangen.

#### **6. Bericht aus dem Kinder- und Jugendparlament**

---

Frau Julia Schamber, Mitarbeiterin im Amt für Bürgerdienste und Ratsangelegenheiten, erklärt, dass es eine Korrektur hinsichtlich der Protokollierung des letzten Jugendhilfeausschusses zum Bericht aus dem Kinder- und Jugendparlament gebe. Die durch das KiJuPa beschlossene Anschaffung von T-Shirts und Hoodies bedeute eine Ausgabe von 1040,00 €, 3000,00 € seien der jährliche Gesamtetat des KiJuPa.

Herr Wohlers, Vertreter des KiJuPa, berichtet aus den Arbeitskreisen des Kinder- und Jugendparlamentes. Diese trafen sich regelmäßig und würden bei ihrer Arbeit durch Honorarkräfte und die Jugendpflege begleitet. Der AK Öffentlichkeitsarbeit gestalte und aktualisiere regelmäßig den KiJuPa Instagram-Account und drehe dafür beispielsweise auch kurze Videos. Der AK Umwelt plane unter dem Motto „Trash we can“ eine Umfrage auf dem „MitMachPortal“, bei welcher fokussiert Orte für Jugendliche ermittelt würden, bei welchen eine geeignete Müllentsorgungsmöglichkeit fehle. Nachgehend werde diese Umfrage mit dem Planungsamt und dem Baubetriebshof gemeinsam evaluiert und die Installation der Mülleimer durchgeführt. Der AK Demokratie plane eine Umfrage und ein „Speeddating-Format“, um Jugendliche in den Dialog mit Politiker\*innen zu bringen. Der AK Stadtgestaltung widme sich Aufenthaltsorten für Jugendliche und habe in diesem Zusammenhang Vorschläge für die Umgestaltung des Spiel- und Bolzplatzes am Postplatz gesammelt. Der noch bestehende AK Schule werde, aufgrund einer niedrigen Mitgliederanzahl, ggfs. in den AK Stadtgestaltung eingegliedert. Abschließend weist er auf die nächste Sitzung des KiJuPa hin, bei welcher erstmalig ein Antrag des AK Stadtgestaltung auf der Tagesordnung stehe.

#### **7. Nachwahlen zum "Unterausschuss Kommunale Jugendhilfeplanung" des Jugendhilfeausschusses Vorlage: X/0773**

---

Die Ausschussvorsitzende Frau Mette bittet um Vorschläge des Ausschusses für die untenstehenden Nachwahlen. Herr Maximilian Ziel wird als neues Mitglied für Frau Anja Rotthowe und als stellvertretender Vorsitzender des Unterausschusses vorgeschlagen, Frau Mechthild Kayser als Nachfolgerin für Frau Natascha Baumeister als stellvertretendes Mitglied des Unterausschusses. Weitere Vorschläge gibt es nicht, weshalb Frau Mette die vorgeschlagenen Nachwahlen zur Abstimmung stellt.

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss legt folgende Veränderungen im Rahmen der Nachwahl hinsichtlich der Mitgliedschaft im „Unterausschuss Kommunale Jugendhilfeplanung“ fest:

Neues Mitglied für Anja Rotthowe

Maximilian Ziel

Neues stellvertretendes Mitglied für Natascha Baumeister

Mechthild Kayser

Als stellvertretenden Vorsitzenden des Unterausschusses wählt der Jugendhilfeausschuss:

Maximilian Ziel

**Einstimmig beschlossen**

**Ja-Stimme/n: 15 Nein-Stimme/n: 0 Enthaltung/en: 0**

- 8. Wahl der Jugendschöffinnen und Jugendschöffen für die Amtsperiode vom 01.01.2024 bis 31.12.2028  
- Verabschiedung der Vorschlagsliste  
Vorlage: X/0752**
- 

Herr Pap, Jugendamtsleiter, stellt die Beschlussvorlage vor.

**Beschluss:**

Die als Anlage beigefügten Vorschlagsliste für die Wahl der Jugendschöffinnen und Jugendschöffen für die Jugendkammern des Landgerichts Hagen und das Jugendschöffengericht Hagen für die Amtsperiode vom 01.01.2024 bis 31.12.2028 wird zugestimmt.

**Einstimmig beschlossen**

**Ja-Stimme/n: 15 Nein-Stimme/n: 0 Enthaltung/en: 0**

- 9. Neufassung der Elternbeitragssatzung zum 01.08.2023  
Vorlage: X/0754**
- 

Dieser Tagesordnungspunkt wurde unter „Genehmigung der Tagesordnung“ von der Tagesordnung abgesetzt.

**9.1. Änderungsantrag zur Drucksache X/0754 „Neufassung der Elternbeitragssatzung zum 01.08.2023“  
- Antrag der Fraktion Die Grünen vom 02.05.2023 (Eingang am 02.05.2023) -  
Vorlage: X/0754/1**

---

Dieser Tagesordnungspunkt wurde unter „Genehmigung der Tagesordnung“ von der Tagesordnung abgesetzt.

**10. Räumlichkeiten des Vereins Kunterbunt in der FKS- mündlicher Bericht und Aussprache**

---

Herr Frommeyer, Erster Beigeordneter, weist auf die Beschlussfassung des Schulausschusses und die Antragslage im Ausschuss für Planen, Bauen und Wohnen hin. Offensichtlich sei die Nutzung der vom Verein Kunterbunt genutzten Räumlichkeiten durch die Friedrich-Kayser-Schule nicht mehrheitsfähig und entsprechend keine Alternative, die die Verwaltung vorschlagen werde.

Die CDU-Fraktion wirbt dafür, als Jugendhilfeausschuss ein Votum in dieser Sache auszusprechen. Die Friedrich-Kayser-Schule sei in erster Linie eine Schule, welcher ihres Erachtens entsprechend die bevorzugte Nutzung hinsichtlich des bestehenden Rechtsanspruches zustehe. Trotzdem sollten die Schule und der Verein nicht gegeneinander ausgespielt werden. Es wird auf den Antrag der CDU-Fraktion hierzu für den Ausschuss für Planen, Bauen und Wohnen verwiesen, welcher eine anderweitige Erweiterung der Schulräumlichkeiten vorsehe.

Die Fraktion Die Grünen schlägt vor, sich als JHA für die Nutzung der Räumlichkeiten durch den Verein Kunterbunt zu positionieren. Der Verein sei eine der Institutionen „gegen Rechts“ in Schwerte und insbesondere für Jugendliche seien diese Räumlichkeit mitten in der Stadt aus fachlicher Sicht ausgesprochen geeignet.

Die Vertreterin des Lokalen Bündnisses für Familie Schwerte erklärt, dass es für den Verein „Kunterbunt“ keinen anderen Standort gebe, welcher für die Nutzung und die Zielgruppe in demselben Maße geeignet sei.

Die SPD-Fraktion führt aus, dass alle Argumente in der Sache bereits ausgetauscht seien. Sie schlägt vor, hierzu Weiteres im Sinne der Jugendhilfe zu beraten, wenn eine erste Entscheidung herbeigeführt sei.

Das fraktionslose Ratsmitglied spricht sich aufgrund finanzieller Bedenken gegen bauliche Erweiterungen aus. Er führt aus, dass der Verein Kunterbunt sich mit Hilfe von Verwaltung und Politik einen neuen Standort suchen solle, um bauliche Maßnahmen zu verhindern.

Nach der vorangegangenen Aussprache schließt die Ausschussvorsitzende Frau Mette diesen Tagesordnungspunkt. Ein Votum des Jugendhilfeausschusses wird nicht herbeigeführt.

**11. Nutzungskonzept für das Hoesch-Verwaltungsgebäude - Antrag der Fraktion Die Grünen vom 23.03.2023 (Eingang: 28.03.2023)  
Vorlage: X/0756**

---

Der Antrag wird von der Fraktion Die Grünen zurückgezogen.

Die Fraktion lasse sich juristisch aktuell dahingehend beraten, ob der Erbpachtvertrag der Stadt Schwerte mit der TWS wirksam geschlossen worden sei, ohne die vorherige Beratung durch die Fachausschüsse und eine Willensbekundung des Rates abzuwarten/einzuholen.

Nach dieser rechtlichen Prüfung möchte man ggfs. erneut hierzu beraten.

Die SPD-Fraktion verweist darauf, dass ein Mitglied der Fraktion Die Grünen sich in verschiedenen Gremien im Sinne der Nutzung des Hoesch-Verwaltungsgebäudes durch die TWS positioniert habe. Insofern sei man irritiert und bezweifle, dass eine Beratung der Nutzung eines bereits durch einen Erbpachtvertrag verpachtetes Gebäude kurz und mittelfristig sinnvoll sei.

Die CDU-Fraktion äußert Unmut darüber, dass der Erbpachtvertrag zur Verwaltungsgebäudenutzung ohne ein Ratsvotum geschlossen worden sei. Ihres Erachtens hätte eine Zustimmung des Rates im Vorfeld stattfinden sollen. Man warte ab, was die juristische Prüfung der Fraktion Die Grünen hierbei ergebe.

**12. Bericht gemäß § 5 Zuständigkeitsordnung mit Beschlussausführungskontrolle**

---

Die Beschlussausführungskontrolle liegt vor.

Herr Pap, Jugendamtsleiter, weist hierbei insbesondere auf die Ausführungen zur lfd. Nr. 20, 34 und 35 hin. Die (Vorbereitung der) Ausschreibung zur Organisationsbegleitung und der Sachstand zur Einrichtung eines Familienbüros seien Thema der nächsten Sitzung des Unterausschusses Kommunale Jugendhilfeplanung, welcher voraussichtlich am 19.06.2023 stattfinde.

**13. Informationen und Anfragen**

---

*„Poolbildung“ und abrechenbare Stunden von Integrationskräften*

Das fraktionslose Ratsmitglied möchte wissen, ob dem Jugendamt bekannt sei, dass, seinen Informationen nach, die Gemeindeprüfungsanstalt an die Kommunen herantrete um Einsparmöglichkeiten bei den Integrationskräften zu erforschen. Hierbei seien auch „Poolbildungen“ im Gespräch. Darüber hinaus möchte er wissen, ob tatsächlich pro Schicht und Integrationskraft nur die Abrechnung von maximal zehn Stunden möglich sei. Problematisch sei dies im Kontext von Klassenfahrten und einer einhergehenden gegebenenfalls notwendigen 24 Stunden Betreuung.

Herr Pap, Jugendamtsleiter, erklärt, dass eine „Poolbildung“ der Integrationskräfte von fast allen Jugendämtern bereits genutzt werde. Eine Begrenzung von abrechenbaren Stunden außerhalb des schulischen Kontextes sei ihm nicht bekannt. Es werde gemäß § 35a SGB XII unterschieden zwischen der integrativen Betreuung in Schulen und ergänzenden Maßnahmen. Gegebenenfalls würde beides durch dieselben Kräfte desselben Trägers abgedeckt, hierbei könnte dann die Arbeitszeit kumulativ betrachtet werden. Eine Einzelfallprüfung erfolge auf Antrag und bei Bedarf.



### *„Themenspeicher“ zur regelmäßigen Berichterstattung*

Die CDU-Fraktion führt aus, dass sie sich einen „Themenspeicher“ mit bestimmten Themen wünsche, über welche auch ohne vorherige Beantragung regelmäßig berichtet werde. Als Themen wünsche man sich die Jugendgerichtshilfe, Sicherheit im Straßenverkehr für Kinder und Jugendliche sowie den jeweiligen Stand der Schulsozialarbeit. Darüber hinaus sei im Landesjugendhilfeausschuss über den starken Anstieg von Meldungen von Kindeswohlgefährdungen sowie über den Orientierungsrahmen zur Qualifizierung von Fachkräften zu Inklusionsthemen berichtet worden. Die Fraktion möchte wissen, ob der beschriebene Meldeanstieg auch in Schwerte verzeichnet werde und ob Schwerte diesen Orientierungsrahmen ebenfalls umsetze.

Herr Frommeyer, Erster Beigeordneter, erklärt, dass ein loser Themenspeicher zur Berichterstattung im Ausschuss nicht möglich sei. Entweder könnten die erfragten Sachstände als Anfrage gewertet werden, dann könnte in den nächsten Ausschusssitzungen jeweils berichtet werden, oder man beantrage gegenüber der Ausschussvorsitzenden die Aufnahme einzelner Themen als Tagesordnungspunkte in die Tagesordnung.

Der Vertreter des KiJuPa berichtet, dass zur Sicherheit von Kindern und Jugendlichen im Straßenverkehr ein Antrag für die nächste KiJuPa Sitzung vorliege.

Die SPD-Fraktion plädiert dafür, für eine regelmäßige Berichterstattung auch im Unterausschuss eine kurze Themenliste zu erarbeiten. Dem Bundesamt für Statistik müssten beispielsweise regelmäßig Daten zur Kinder- und Jugendhilfe übermittelt werden, ein Bericht hierüber bedeute insofern auch keine Mehrarbeit.

Die Ausschussvorsitzende Frau Mette erklärt, dass zu dieser Themenerarbeitung auch die freien Träger befragt werden müssten um auch die für die Akteur\*innen wichtigen Themen aufzunehmen.

Die Vertreterinnen des Bündnisses für Familie Schwerte und der Diakonie erklären, dass sie die sie betreffenden Themen und Fragestellungen gerne (weiterhin) einbrächten.

Herr Frommeyer bittet wiederholt darum, eine Strukturierung vorzunehmen. Im Unterausschuss können man sich ebenfalls über Themen austauschen. Weitere Berichtswünsche sollten als Anfrage oder als Antrag an die Vorsitzende erfolgen, da ansonsten der Überblick verloren gehen könne.

### *Räumlichkeiten Familienbüro*

Die Fraktion Die Grünen bittet um eine Auskunft ob bereits eine Immobilie für das Familienbüro gefunden worden sei.

Herr Frommeyer erklärt, dass verschiedene Räumlichkeiten zur Anmietung im Sinne des Beschlusses und des finanziellen Rahmens geprüft würden.

### *Integrationskräfte bei den freien Trägern*

Das fraktionslose Ratsmitglied möchte wissen, wie die Ausstattung von Integrationskräften aktuell bei den freien Trägern sei und ob Personalbedarfe bestünden.

Die Ausschussvorsitzende Frau Mette bittet um eine schriftlich konkretisierte Einreichung der Anfrage, um diese im Unterausschuss zu behandeln. Die Ergebnisse der Behandlung im Unterausschuss würden an die Jugendhilfeausschussmitglieder, die hier nicht vertreten seien, weitergegeben.

### *Anfrage der Fraktion Die Grünen zur integrativen Schulbegleitung*

Die Fraktion Die Grünen stellte im Vorfeld folgende Anfragen:

- 1. Wie hoch ist die Pauschale in den umliegenden Städten und Kommunen (wie Unna, Dortmund, Iserlohn, Menden, Hagen) für die integrative Begleitung einer Schülerin/eines Schülers, die an die Träger/Leistungsanbieter pro Fachleistungsstunde ausgezahlt bzw. abgerechnet wird?*
- 2. Zu wie viel Prozent wird der notwendige Betreuungsaufwand pro Schüler:in derzeit gewährleistet, also, wie viele der zu erbringenden Stunden werden tatsächlich geleistet (Personalmangel, Urlaub, Krankheit etc.)?*

Herr Pap, Jugendamtsleiter, bittet bei der vorliegenden Anfrage um Konkretisierung. Feste Sätze gebe es nicht, lediglich Rahmenkosten, welche bei den meisten Leistungsanbietenden relativ identisch seien.

Die Fraktion Die Grünen erklären, sich im Nachgang der Sitzung nochmals mit dem Jugendamt zu der Anfrage auszutauschen.

### *Betreuungsplätze U3*

Frau Jung, stv. Jugendamtsleiterin, greift eine Anfrage zur Anzahl der U3 Kinder ohne Betreuungsplatz auf. Es seien aktuell 93 Kinder unter drei Jahren ohne Betreuungsplatz. Hierbei handle es sich um Kinder, deren Eltern sich ausschließlich für einen Kita-Platz interessierten, ein Rechtsanspruch jedoch bestehe nur für einen Betreuungsplatz, was auch die Kindertagespflege einschließe. 17 Familien hätten sich nach Mitteilung hinsichtlich eines Platzes in der Kindertagespflege gemeldet. Aktuell gebe es noch vier freie Plätze für Kinder in der Kindertagespflege.

### *Zumutbare Wohnortentfernungen für Betreuungsplätze*

Die Vertreterin des Lokalen Bündnisses für Familie Schwerte erfragt, welche Entfernung vom Wohnort zum Kita-Standort zumutbar sei im Sinne des Rechtsanspruches.

Frau Jung erklärt, dass es sich bei Schwerte um eine relativ kleine Kommune handle und damit alle angebotenen Kita- und Betreuungsplätze im Hinblick auf die Entfernung vom Wohnort als zumutbar gälten.

Da keine weiteren Informationen oder Anfragen vorliegen, schließt Frau Mette den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:19 Uhr und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

---

gez. Mette  
Vorsitzende

---

gez. Schamber  
Schriftführerin